

Ökostrom ist kein Selbstzweck

Von Andreas Wilhm

Für Freunde der Energiewende – das für halten sich die allermeisten Deutschen – hatte das „Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit“ unlängst wenig erbauliche Nachrichten. Statt zwei Millionen, wie im Jahr 2008 verheißen, verdienten gerade einmal 380 000 Bürger ihr Geld mit erneuerbaren Energien – und Tausende Stellen stehen in der von Subventionen abhängigen Ökostrombranche schon wieder zur Disposition, in Thüringen nicht anders als an der Nordseeküste. Das sind nicht die einzigen schlechten Nachrichten über das größte wirtschaftspolitische Projekt der schwarz-gelben Bundesregierung: Der Ausbau des Stromnetzes stockt, die Pläne für die Erzeugung von Windstrom vor der Küste scheinen der Wirklichkeit um Lichtjahre entückt, die Vorgaben für höhere Effizienz beim Einsatz von Energie sind Makulatur.

Doch nicht alles an der Energiewende ist schlecht. Deutschland trittritt als einer von wenigen Staaten die Vorgaben für die Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes. Der Ausbau der Ökostromerzeugung läuft heiß wie eine Photovoltaikanlage in der Mittagshitze: Es werden mehr Rotoren, Kollektoren und Biogasanlagen aufgestellt, als die Wendeplaner es vorhergesehen haben. Dass die Grünstromerzeugung im ersten Halbjahr zurückging, lag allein an fehlendem Wind und Sonnenschein. Schlechtes Wetter lässt sich nicht kalkulieren.

Nur deshalb sind die Kosten für den Ökostrom nicht noch stärker gestiegen. Aber auch so werden die zwanzig Milliarden Euro nicht ausreichen, die die Deutschen für sauberen Strom in diesem Jahr zusätzlich bezahlen müssen, um die Rechnungen der Strommüller, Solardachbesitzer und Biogassbauern zu begleichen. In den ersten Monaten des Jahres wurden zwei Milliarden Euro mehr ausgegeben als vorgesehen. Für das Defizit werden die Verbraucher im kommenden Jahr über eine höhere Umlage nach dem von Rot-Grün beschlossenen Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) gerade stehen müssen. Statt 5,3 werden es wohl 6,5 Cent oder mehr je Kilowattstunde werden. Als Union und FDP im Jahr 2009 die Regierung übernahmen, betrug die Umlage nicht einmal zwei Cent.

Das EEG ist nicht der einzige Faktor, der die Energiekosten explodieren lässt: Auch die Netzkosten werden steigen, und das nicht nur in den neuen Ländern, deren Bürger schon heute dafür zusätzlich bezahlen, dass der bei ihnen erzeugte Ökostrom transportiert werden kann. Der Ausbau der Stromerzeugung auf See hat gerade erst begonnen. Schon lauten Entschädigungsforderungen in Millionenhöhe auf, weil Windparks betriebstauglich sind, aber Leitungen fehlen. Weitere Kostentreiber sind absehbar: Bald sollen auch Betreiber von Gas- und Kohlekraftwerken dafür Geld bekommen, dass sie ihre Kraftwerke, die wegen des vielen

Ökostroms defizitär sind, als Notfallreserve am Netz lassen.

Angesichts des chaotischen Verlaufs der Energiewende kann es nicht verwundern, dass immer mehr Bürger mit der Steuerung des Großprojekts durch die Politik unzufrieden sind. Die steigenden Kosten bringen vor allem diejenigen in Rage, die nicht am Ökostrom verdienen. Es können eben nur wenige die Flächen für Windräder für bis zu 50 000 Euro im Jahr verpachten, und nicht jedes Hausdach eignet sich für eine Solaranlage. Die meisten Deutschen sind Mieter und damit Zahler.

Es ist kein Zufall, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung über der prozent- und jahresgenauen Festschreibung von Ausbauzielen vergessen hat, auch dem Preis eine Grenze zu setzen.

Der Staat sollte Ökostromziele ausschreiben und dem Markt überlassen, wie sie erreicht werden.

Der Bürger mag sich über das kollektive Versagen der politischen Klasse ärgern. Als Wähler hat er niemanden, dem er die Rechnung präsentieren kann – nur die Hoffnung, dass die nächste Regierung sich an die Begrenzung der Zusatzkosten wagt. Die Entgeltzusagen für Ökostrom in Höhe von mehr als 200 Milliarden Euro gelten parteiübergreifend als sakrosankt. Stattdessen sollen die Ausnahmeregelungen für die Industrie überdacht werden. Das linderte die aktuelle Not, löste das Problem aber nicht und bescherte den Unternehmen neue Kosten.

Es wäre hilfreich, die vielen Ziele der Energiewende in eine klare Reihenfolge zu bringen. Aus Sicht der Klimapolitik müsste die Vermeidung von Kohlendioxid-Emissionen wohl an erster Stelle stehen. Dann sollte der Weg gewählt werden, auf dem das Ziel mit dem geringsten Mitteleinsatz erreicht wird. Dazu ist eine Reform des EEG nötig, das andernfalls ein Sprengsatz für die Energiewende wird. Der Staat könnte die gewünschte Menge an Ökostrom ausschreiben und den Anbietern im Wettbewerb überlassen, wie das Ziel am kostengünstigsten erreicht wird. Damit könnten die künftig anfallenden Kosten auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Effizienzziele sollten nicht nur für Gebäude und Motoren gelten, sondern auch für die Energiewende. Der Ausbau der Ökostromerzeugung ist kein Selbstzweck. Die Energiewende hat das Ende der Stromerzeugung durch Nutzung der Atomenergie bei gleichzeitiger Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes zum Ziel. Wie das erreicht wird, sollte der Staat der großen Effizienzmaschine Markt überlassen. Wohnstaatliche Lenkung führt, die großen Lobbyinteressen ausgesetzt ist und immer detailversessener wird, erlebt das Land gerade leidvoll.

070 0
00101